



NIEDERSACHSEN Vorwärts

MÄRZ 2007 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

VERLOREN IM WIRTSCHAFTS-MONOPOLY

Mit seiner wirtschaftspolitischen Einfältigkeit bringt Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff Volkswagen und damit Niedersachsen ein ums andere Mal in die Bredouille.

Von Wolfgang Jüttner, SPD-Fraktionsvorsitzender im Niedersächsischen Landtag

Niedersachsens Ministerpräsidenten Christian Wulff treibt es nach China, um Anfang Mai ein neues Büro des Landes zu eröffnen. Das weckt Erinnerungen. Auch Wulffs Vater im Geiste, Ernst Albrecht reiste seinerzeit nach China, um dort Niedersachsens wirtschaftliches Know-How anzupreisen. Von China verstand Albrecht nicht allzuviel, hatte er als »Gastgeschenk« doch Kühe im Gepäck. Die sind längst Geschichte, denn mit Kühen und deren Produkten haben Chinesen wenig auf der Zunge. Kühe also wird Christian Wulff nicht mit nach Shanghai nehmen. Soviel hat er wohl gelernt. Aber was will er dann in der chinesischen Metropole? Wirtschaftliche Expertise wird er kaum im Gepäck haben, denn die hat er in seiner bisherigen Amtszeit vermissen lassen.

Alle wirtschaftspolitischen Pannen aufzuzählen wäre seitenfüllend. Belassen wir es daher bei seiner leidigen Rolle als Sachwalter des Landes Niedersachsen in Sachen Volkswagen AG. Was hat sich Wulff aus dem Fenster gelehnt, um die durchaus respektable Arbeitnehmer-Demokratie bei VW zu demontieren. Kein Anlass war ihm zu schade, um aus allen regierungsamtlichen Rohren auf das »System Volkswagen« zu feuern. Während Wulff versuchte, sein wirtschaftliches Halbwissen an Volkswagens Arbeitnehmerschaft auszuprobieren, bahnte sich auf europäischer Ebene längst die höchstrichterliche Entsorgung des VW-Gesetzes an. Dieses Gesetz, auch von SPD-Landesregierungen immer hochgehalten, sichert dem Land Niedersachsen bislang eine Sperrminorität von 20% bei geschäftspolitischen Entscheidungen des größten niedersächsischen Arbeitgebers. Das hat in der Vergangenheit mehr als einmal zu wirklich sozialverträglichen Reaktionen des Autobauers auf konjunkturelle Krisen

geführt. Nicht zum Schaden Niedersachsens.

Parallel zur Hinanstellung des europäischen Gerichtsverfahrens war Herr Wulff nicht untätig. Zunächst einmal musste er missgelaunt zur Kenntnis nehmen, dass der größte private VW-Anteilseigner Porsche seinen Einfluss Aktie für Aktie ausbaute auf nunmehr 27,40%. Porsche tat dies, obwohl die Stimmrechte nach dem VW-Gesetz auf 20% begrenzt sind. Mit Sicherheit nicht aus sozialpolitischer Wohlgefälligkeit. Porsche will Geld verdienen. Dass Porsche in vielen Bereichen des Wolfsburger Autobauers längst das Sagen hat, muss Christian Wulff entgangen sein. Wie sonst ist zu erklären, dass er sich ausgerechnet mit Porsches Hauptanteilseigner Ferdinand Piech anlegte und mit großem Buhei versuchte, eine weitere Amtszeit des Porsche-Enkels als Aufsichtsratsvorsitzender zu verhindern. Das musste schiefgehen.

Unabhängig von der offensichtlichen Missachtung der Herren Wulff und Piech füreinander, hätte der Ministerpräsident spätestens seit den Einlassungen des Europäischen Generalanwalts gegen das VW-Gesetz wirtschaftspolitischen Sachverstand einholen müssen. Nur wo? Sein Wirtschaftsminister Walter Hirche ist zur Zeit mit der Abwicklung des transrapiden Desasters beschäftigt. Dass Herr Wulff eine wirtschaftspolitische Stabsabteilung hat, darf angesichts des VW-Debakels bezweifelt werden. Wie sonst ist zu erklären, dass der Ministerpräsident angesichts des europäischen Gerichtsverfahrens weiterhin behauptet: »Das VW-Gesetz ist aus meiner Sicht mit europäischem Recht vereinbar« (NP 13.2.2007). Was wird Herr Wulff sagen, wenn der Europäische Gerichtshof anders entscheidet? Er muss nichts mehr sagen.



...im Chefsessel

In seiner allergrößten Not ist Wulff barhäuptig und mit leeren Taschen ins niedersächsische Canossa nach Wolfsburg gefahren und hat eine weitere Amtszeit Ferdinand Piechs als Aufsichtsratsvorsitzender akzeptiert. Die Fotos vom Händedruck zwischen Wulff und dem wichtigsten Wirtschafts-Boss des Landes sprechen Bände: Da versucht der Verlierer gute Miene zu einem Spiel zu machen, das er nicht beherrscht: Wirtschafts-Monopoly. Es gibt kein Zurück auf den Anfang. Wulffs Spiel war von Beginn an aussichtslos. Nun versucht er Schadensbegrenzung ausgerechnet mit dem Vorschlag »Niedersachsen und Porsche können gemeinsam eine Zerschlagung des Konzerns verhindern«. (NP 13.2.2007)

Das ist nun wirklich abenteuerlich zum Nachteil des Landes: Erst versucht Herr Wulff den bösen Hund Porsche zu züchtigen, was gründlich misslingt. Dann beißt der böse Hund und Wulff fällt nichts Besseres ein als den Hund zu streicheln. Damit es vielleicht auch dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten deutlich wird: Porsche hält Anteile an VW, um Geld zu verdienen. In diesem Geschäft gelten allein die Gesetze des Marktes, wie das Beispiel Daimler-Chrysler gerade gezeigt hat. Von diesem Geschäft versteht Christian Wulff nicht ein Jota, und deshalb ist auch seine China-Reise mit Vorsicht zu genießen. Womöglich kommt er noch auf die Idee, sein wirtschaftliches Halbwissen am dortigen VW-Werk auszuprobieren. ■

EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LIEBE LESER, der NIEDERSACHSEN - vorwärts hat zugelegt und das trotz der gerade begonnenen Fastenzeit. Am 27. Januar 2008 ist Landtagswahl in Niedersachsen. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren und wir wollen den NIEDERSACHSENvorwärts nutzen, um alle Genossinnen und Genossen aktuell zu informieren.

Auf acht Seiten findet ihr Aktuelles rund um den Wahlkampf, unseren nominierten Spitzenkandidaten Wolfgang Jüttner, Interessantes aus den Bezirken und Tipps für den Wahlkampf vor Ort. Auf eine Neuerung möchten wir hier besonders hinweisen: Das rote Rezept.

Außerdem berichtet Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag auf vier Seiten über ihre Arbeit: »Thema im Landtag«.

Bis zum Januar 2008 heißt es jeden Monat 12 pralle Seiten aus Partei und Fraktion für unser Ziel: Regierungswechsel 2008 in Niedersachsen!

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

Frank Wilhelmy
(Herausgeber) und
Lothar Pollähne
(Chefredakteur)

MEHRHEITEN DURCH MITBESTIMMUNG

800 Teilnehmer diskutierten auf der Programmkonferenz das neue Grundsatzprogramm der SPD

Von Dunja Rose



Unterstützung für die Bremer SPD auf dem Weg zum Wahlerfolg gab es von Wolfgang Jüttner (links) und Hubertus Heil (rechts)

In der Debatte um ein neues Grundsatzprogramm lädt die SPD ihre Mitglieder zu vier Programmkonferenzen Nord, Süd, West und Ost ein. Die erste fand am 11. Februar in Bremen statt. Rund 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten gemeinsam mit prominenten Vertretern der Bundes- und Landesebene den »Bremer Entwurf« für ein neues Grundsatzprogramm. Der

Parteivorsitzende Kurt Beck verwies in seiner Rede eindrücklich auf die Bedeutung des neuen Programms und rief dazu auf, die Herausforderungen der Zukunft solidarisch zu lösen. Er betonte, dass wirtschaftlicher Erfolg verbunden mit sozialer und ökologischer Verantwortung das politische Ziel sein muss, um erfolgreich zu sein. Es ginge darum, neue Perspektiven zu eröffnen – die Vision einer sozialen Marktwirtschaft gehörtunmittelbar dazu, so Beck. Auch Generalsekretär Hubertus Heil verwies auf die sozialdemokratischen Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Basis einer zukunftsorientierten sozialen Gerechtigkeit. Dabei sprach er sich für mehr Chancen für Kinder, Lohngerechtigkeit und Beschäftigungschancen aus.

Wenn die SPD Mehrheiten gewinnen wolle, so gehöre die Möglichkeit zur Mitbestimmung – auch und vor allem in den eigenen Reihen – unmittelbar dazu, so Heil. Er lobte in diesem Zusammenhang die

breite Einbindung der Genossinnen und Genossen in die Diskussion durch Veranstaltungen und Mitgliederbefragungen. Auf dieser Basis könne und müsse die Diskussion innerhalb der Partei weiter geführt werden. Am Ende werden die Ergebnisse in das neue Grundsatzprogramm einfließen.

In vier Foren zu inhaltlichen Schwerpunkten des neuen Grundsatzprogramms – geleitet u. a. durch Wolfgang Jüttner und Garrelt Duin – wurden die Themen »Vorsorgender Sozialstaat«, »Politik für Wachstum und neue Arbeit«, »Das soziale und demokratische Europa« sowie »Grundsatzprogramm und Mitgliederpartei« vertieft. Im Anschluss ging es in einer Podiumsdiskussion um die Erwartungen an ein neues sozialdemokratisches Grundsatzprogramm.

Drei weitere Regionalkonferenzen werden folgen und die Ergebnisse auf dem SPD-Bundesparteitag in Hamburg im Herbst diesen Jahres zusammengeführt. ■

WIR BRAUCHEN KEINE BLÜMCHENPOLITIK

Von Garrelt Duin, SPD-Vorsitzender Niedersachsen



Garrelt Duin
SPD-Landesvorsitzender

Die Klimapolitik ist wieder in aller Munde. Der internationale Wissenschaftsrat zum Klimawandel (IPCC) hat dies mit seinem kürzlich vorgelegten Bericht eben so deutlich gemacht, wie auch die Debatte um den CO₂-Ausstoß bei PKW. Klimaschutz ist die globale Herausforderung der Zukunft. Ziel muss es sein, die Erderwärmung auf ein verträgliches Maß zurückzuführen, die klimabedrohenden Treibhausgase drastisch zu reduzieren und Impulse für eine nachhaltige Energiepolitik zu setzen. Deutschland muss diese Wege mit dem Doppelvorsitz der Europäischen Ratspräsidentschaft und der G8-Gruppe zwingend anstoßen und selbst eine führende internationale Rolle einnehmen.

Klimaschutz und Energiepolitik dürfen dabei umweltpolitisch aber nicht als Gegensatz zur Wirtschaftspolitik verstanden werden. Wir brauchen keine Blümchenpolitik mehr, bei der sich Hase und Igel »Gute Nacht« sagen, sondern eine ökologische Industriepolitik, die Chancen und Zukunftsmärkte erkennt und nutzt. Es darf hier keine Konkurrenz zweier Politikbereiche geben. Erst wenn Umwelt- und Wirtschaftspolitik an einem Strang ziehen, wird es wirtschaftliche Innovationen geben, die auch ökologische Nachhaltigkeit

erzielen. Schon heute sind deutsche Unternehmen federführend bei der Entwicklung von Umweltschutz-Produkten. Die Innovationspotentiale sind hier aber noch lange nicht ausgeschöpft. In der Automobilwirtschaft beispielsweise bietet sich für deutsche Unternehmen ein Zukunftsmarkt mit der Entwicklung klimafreundlicherer Motoren und Treibstoffe. Politik muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen, um diese Entwicklungen aktiv voranzutreiben. Gerade für ein Bundesland wie Niedersachsen bieten sich hier gute Chancen. Hierzu bedarf es allerdings einer Landesregierung, die ihre Verantwortung wahrnimmt und das Geschehen nicht vollständig dem freien Markt überlässt.

Der notwendige Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie ist nur möglich, weil mit einer gesteigerten Energieeffizienz und dem konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien eine nachhaltige Energiestrategie durchgesetzt wurde. Deutschland nimmt sowohl bei der Energieeffizienz aber auch bei den erneuerbaren Energien eine weltweite Spitzenstellung ein. Unter dem Motto »Weg vom Öl« soll dieser Weg auch eine Energieunabhängigkeit Deutschlands garantieren. Die Bundesregierung will hiermit gewährlei-

sten, dass bis 2020 25% der Stromproduktion in Deutschland durch erneuerbare Energien erfolgt. Bereits jetzt sind im Bereich der Erneuerbaren Energien 175.000 Arbeitsplätze entstanden. Doch der Jobmotor »erneuerbare Energien« ist gerade erst angelaufen.

All diese Entwicklungen zeigen: Deutschland ist auf einem guten Weg, wenn es um eine Politik geht, die Klima schützt, Energie sichert und die Umwelt schon. Unsere Politik steht dabei im Einklang mit wirtschaftlichem Wachstum, innovativer Industrie und einem Mehr an Arbeitsplätzen. Die aktuelle Debatte darf jedoch nicht ohne Folgen bleiben und muss einen weiteren Anstoß geben, unseren eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen.

Gerade für Niedersachsen hätte eine solche Politik viele Vorteile. Leider ist dies mit Christian Wulff und dem liberalen Umweltminister Hans-Heinrich Sander nicht machbar. Sie setzen mit der Atomenergie auf unmoderne Konzepte, spielen Umwelt und Wirtschaft gegeneinander aus und fördern die Innovationskraft niedersächsischer Unternehmen nur unzureichend. Mit den Landtagswahlen im Januar 2008 wird dies ein Ende haben. ■

Impressum

Herausgeber: SPD-Niedersachsen
Verantwortlich: Dr. Frank Wilhelmy
Redaktion: Lothar Pollähne
Anschrift: Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
E-Mail: lopo.vorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

DIE CDU SCHMÜCKT SICH MIT UNSEREN FEDERN

Der NIEDERSACHSEN-vorwärts im Gespräch mit SPD-Generalsekretär Hubertus Heil über Kinderbetreuung

vorwärts: Frau von der Leyen muss zurzeit erleben, dass ihre eigenen Fraktionskollegen eine »Sozialdemokratisierung« der Union befürchten. Hat sie doch gefordert die frühkindliche Bildung zu verbessern und die Anzahl der Krippenplätze für Kleinkinder zu erhöhen. Frau von der Leyen – eine Sozialdemokratin?

Hubertus Heil: Der Ansatz, den die Familienministerin verfolgt, ist ja richtig. Schließlich hat sie die Politik für eine bessere frühkindliche Bildung und Betreuung von uns Sozialdemokraten übernommen. Dafür muss sie sich jetzt zunehmend mit ihren Parteifreunden herumschlagen – wir werden ihr dabei den Rücken stärken. Eine Sozialdemokratin ist sie deshalb noch lange nicht. Wäre sie das, hätte sie die Finanzierung des Projekts gleich mitgedacht und entwickelt. Aber auch hier können wir behilflich sein.

vorwärts: Wie denn?

Hubertus Heil: Die SPD wird Ende Februar Vorschläge für die Kinderbetreuung und deren Finanzierung vorlegen – kein Schnellschuss, sondern ein detailliertes, in sich schlüssiges Konzept. Denn während Frau von der Leyen einen hastigen und in ihrer Partei nicht abgestimmten Vorstoß unternommen hat, haben unsere Experten längst seriös gerechnet. Dabei wird die Finanzierung unseres Betreuungskonzepts auf drei Säulen ruhen: Wir verzichten auf die nächste Kindergelderhöhung, um die Kindergärten schrittweise beitragsfrei zu stellen. Zusätzlich muss das Steuerrecht überprüft werden. Denn von den rund 170 Milliarden Euro, die wir jährlich für Familien ausgeben, ist nicht alles so zielgerichtet, wie es sein müsste. Zum Dritten wollen wir erreichen, dass durch den Geburtenrückgang frei werdende Mittel nicht einkassiert, sondern weiter in bessere Kinderbetreuung investiert werden. Klar ist: Die Kommunen allein werden diese Aufgabe nicht schultern können. Da müssen zusätzlich auch der Bund und die Länder Unterstützung leisten.

vorwärts: In Niedersachsen hat Herr Wulff Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr ab August 2007 angekün-

digt. Wie ist sein Vorstoß zu bewerten?

Hubertus Heil: Zunächst muss man feststellen, dass der Ministerpräsident politisch äußerst wendig ist. Vor wenigen Wochen hatte er entsprechende Forderungen der SPD noch als unverantwortlich bezeichnet. Sollte nun eine bessere Erkenntnis in ihm gereift sein, freuen wir uns darüber. Schlecht ist, dass die CDU auch in Niedersachsen die Finanzierung nicht zu Ende gedacht hat. Wulff will das in diesem und dem nächsten Jahr »auf Pump« finanzieren. Ob das in den Folgejahren auch noch funktioniert, bleibt ebenso offen wie die Frage, ob das Land den Städten und Gemeinden für jedes Kind eine Pauschale überweist, oder ob es die tatsächlichen Kosten trägt. Die sind nämlich höchst unterschiedlich. Je nach Wohnort liegt der Satz zurzeit zwischen 70 und 200 Euro – da wird die Landesregierung noch ordentlich nacharbeiten müssen. Darum glaube ich auch nicht an einen Starttermin zum 1. August.

vorwärts: In der aktuellen Unicef-Studie nimmt Deutschland nur einen unbefriedigenden elften Platz ein von insgesamt 21 Industrienationen. Hauptkritikpunkt ist die mangelnde Kleinkindförderung. Wie können Eltern unterstützt werden, ihren Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen?

Hubertus Heil: Wir treten ein für ein neues Verhältnis von öffentlicher und privater Verantwortung für Kinder. Mit einer singulären politischen Maßnahme ist es da nicht getan – das Problem ist vielschichtig. Das haben wir schon in dem Beschluss »Gute Lebenschancen für Kinder« auf der Bremer Vorstandsklausur Anfang Januar deutlich gemacht.

Natürlich ist der quantitative und qualitative Ausbau der Kinderbetreuung ein wichtiger Baustein. Hinzukommen muss die entschlossene Fortsetzung des Ganztagschulprogramms der SPD-geführten Bundesregierung. UNICEF weist uns aber auch in der gesundheitlichen Situation und Versorgung der Kinder nur einen Platz im Mittelfeld zu. Das bezieht sich unter anderem auf die Raten bei der Säuglingssterblichkeit, bei Impfungen oder Folgen von Gewalt. Darum haben wir in Bremen beschlos-

sen, Vorsorgeuntersuchungen für Kinder verbindlich zu machen sowie deren Qualität und zeitliche Abfolge zu überprüfen. Wir wollen auch die Hilfen und Unterstützung für Eltern verbessern. Vereinzelt gibt es schon gute kommunale Ansätze, wie etwa das Dormagener Modell der Begrüßungsbesuche, mit denen die Ankunft eines Kindes professionell oder auch ehrenamtlich begleitet wird. Wir treten auch dafür ein, schrittweise Kindertagesstätten zu so genannten Eltern-Kind-Zentren weiter zu entwickeln, in denen Betreuung, Bildung, Beratung und Anleitung in Erziehungsfragen unter einem Dach und wohnortnah stattfinden kann.

Die materielle Situation der Kinder lässt sich nur über den Arbeitsmarkt und entsprechenden Chancen der Eltern verbessern. Hier sind wir auf Grundlage der Reformen der SPD-geführten Bundesregierung und deren Fortsetzung in der großen Koalition auf einem guten Weg. Dafür müssen wir weiter Druck machen.



Hubertus Heil
Generalsekretär der SPD



Vieles können wir auf politischer Ebene also verbessern, aber nicht alles: Ganz entscheidend scheint mir – auch für die Durchsetzung konkreter Maßnahmen –, dass wir ein stärkeres Bewusstsein dafür entwickeln, welches großartige Glück von Kindern ausgeht: für den Einzelnen aber auch für die ganze Gesellschaft.

vorwärts: Vielen Dank für das Gespräch. ■

OHNE SAUBERE AUTOS FAHREN WIR IN DIE KATASTROPHE

Der NIEDERSACHSEN-vorwärts im Gespräch mit dem SPD-Europaabgeordneten Matthias Groote



Matthias Groote, MdEP

Der Klimawandel ist in vollem Gange. Sturmtief Kyrill war heftig, aber nur ein Vorbote dessen, was wir in den kommenden Jahrzehnten zu erwarten haben. Fast alle Klimaforscher, so sie denn nicht in Diensten von Mineralöl-Konzernen oder großen Autobauern stehen, sind sich weitestgehend einig: Selbst wenn der Ausstoß an Treibhausgasen auf dem heutigen Stand bleibt, wird die Erderwärmung in absehbarer Zeit zwischen 1,9° C und 4,6° C liegen, die Stürme werden an Häufigkeit und Heftigkeit zunehmen und der Meeresspiegel könnte bis zu sieben Meter steigen.



Die Verkehrsbranche spielt eine entscheidende Rolle beim Ausstoß von Treibhausgasen. Der NIEDERSACHSEN-vorwärts sprach mit dem SPD-Europaabgeordneten Matthias Groote über notwendige Maßnahmen aus europäischer Sicht. Groote hat für die SPD-Abgeordneten im EU-Parlament ein Positionspapier erarbeitet, das am 6. Februar einstimmig verabschiedet wurde.

vorwärts: Seit über zehn Jahren wird in Europa über die Reduzierung der CO₂-Emissionen diskutiert. Der Erfolg ist gleich Null. Die Automobilindustrie wird ihre Selbstverpflichtung nicht einhalten, den sogenannten Flottendurchschnittsaustoß auf 140g CO₂/km zu reduzieren. Jetzt steht uns das Wasser schon fast bis zum Hals, was ist zu tun?

Matthias Groote: Die Automobilindustrie muss politisch verpflichtet werden, sich technologisch den Umweltherausforderungen anzupassen. Dabei ist der gesamte Produktionszyklus zu beachten: Von der Herstellung eines Fahrzeuges bis zu seiner Verschrottung muss das ausgestoßene CO₂ reduziert werden. Nur durch ein Gesetz wird die Automobilindustrie ihre Produktion auf zukunftsfähige Modelle umstellen.

vorwärts: Renate Künast von den Bündnisgrünen hat die Menschen in Deutschland aufgefordert, japanische Autos zu kaufen. Das kommt hierzulande nicht ganz so gut an. Hat sie da einen PR-Gag losgelassen?

Matthias Groote: Das hört sich zwar krass an, aber so weit hergeholt ist das nicht. Japan liegt zur Zeit vorn. Wir befürworten ein Stufenmodell, in dem es keine Diskriminierung von bestimmten Marktsegmenten gibt. Ein Modell ähnlich dem japanischen »Top-Runner-Modell«, in dem in neun Fahrzeugklassen das jeweils effizienteste Fahrzeug als Standard definiert wird. Der Standard muss regelmäßig neu definiert werden,

damit die verschiedenen Hersteller dauerhaft im Wettbewerb um das effizienteste Fahrzeug stehen.

vorwärts: Nun argumentieren die Hersteller seit langem damit, dass höhere Umweltstandards zum Verlust von Arbeitsplätzen führen ...

Matthias Groote: Das ist in der Vergangenheit immer wieder widerlegt worden. Hohe Umweltstandards haben noch nie zu Arbeitsplatzverlusten geführt, im Gegenteil. Mit umweltfreundlichen Fahrzeugen kann man beim Kunden punkten.

Die Dieselpartikelfilter haben gezeigt, dass damit im europäischen Vergleich Konkurrenzvorteile verzeichnet werden können. Umweltfreundliche Standards stärken die europäische Automobilbranche.

vorwärts: Autos zu produzieren ist das Eine. Verkauft werden müssen sie aber immer noch. Wie kann man den Menschen umweltfreundliche Automobile schmackhaft machen?

Matthias Groote: Es müssen Effizienz-Kategorien gebildet werden ähnlich dem System bei Kühlschränken, an denen die Autokäufer erkennen können, in welcher Kategorie das Fahrzeug einzustufen ist.

Die Kategorien müssen regelmäßig aktualisiert werden und sich an den effizientesten Fahrzeugen auf dem Markt orientieren. So können wir eine umweltfreundliche Orientierung der Nachfrage unterstützen. ■

MINDESTLÖHNE JETZT!



Hartmut Tölle
DGB-Vorsitzender
Niedersachsen

Arbeit schützt vor Armut nicht. In Deutschland verdienen 2,5 Millionen Menschen weniger als 1.500 Euro. Sie bekommen Stundenlöhne von drei oder vier Euro. Das ist ein Armutszeugnis für unser Land. Armut trotz Erwerbstätigkeit ist auch in Niedersachsen keine Ausnahme. Dass bei vielen Menschen das Einkommen nicht ausreicht, um die Existenz ihrer Familien zu sichern, ist ein Skandal.

Wer arbeitet, muss davon auch leben können. Deshalb brauchen wir eine absolute Lohn-Untergrenze. Andere Länder, selbst die USA, haben schon lange kapiert: am Mindestlohn führt kein Weg vorbei. Als Gewerkschafter steht für mich fest: An erster Stelle müssen

Tarifverträge stehen, wenn es darum geht, Beschäftigte vor ausbeuterischem Lohndumping zu schützen. Leider gibt es viele Unternehmen, die keiner Tarifbindung unterliegen, weil sie nicht Mitglied in Arbeitgeberverbänden sind. Ende 2005 waren im Westen 34 Prozent der Beschäftigten ohne Tarifbindung, im Osten sogar 47 Prozent.

Deshalb brauchen wir zusätzlich zu den Tarifverträgen gesetzlich garantierte Mindestlöhne. Durch den Vorrang der Tarifautonomie wird die Politik gar nicht umhin können, als die Mindestlöhne nach Branchen zu differenzieren. Dabei sollten die Tarifparteien mit von der Partie sein. Frankreich und Italien, die Niederlande und Großbritannien

haben Mindestlöhne schon längst. Auch wir brauchen sie, damit im europäischen Binnenmarkt kein Lohndumping auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgt.

Wir erwarten von den Sozialdemokraten in Berlin, dass sie in der Großen Koalition weiter Druck auf die Union und sich für Mindestlöhne stark machen. Schließlich hält selbst ein Drittel der Top-Manager laut Handelsblatt Mindestlöhne mittlerweile für im Prinzip richtig. Die Argumente der Niedriglohn-Verfechter werden immer dünner. Wir brauchen Mindestlöhne. ■

Hartmut Tölle
DGB-Vorsitzender Niedersachsen

ZEHN GUTE GRÜNDE, SPD ZU WÄHLEN.

Vier Jahre scharz-gelbe Politik haben Niedersachsen in die bildungspolitische Trockenstarre fallen lassen. Die Zukunft der Bildung muss rot werden.

Von Wolfgang Wulf

In Niedersachsen herrscht bildungspolitische Eiszeit, seitdem CDU und FDP regieren. Erst wurden die Lernmittelfreiheit und die Hausaufgabenhilfe gestrichen, dann wurde das gegliederte Schulsystem nach der 4. Klasse eingeführt und damit zementiert, dass Bildungschancen noch mehr von der sozialen Herkunft abhängig sind. Die Klassengrößen an Realschulen und Gymnasien wurden heraufgesetzt. Die Eltern beklagen zunehmenden Unterrichtsausfall, tausende von Jugendlichen haben keinen Ausbildungsplatz, den Hochschulen wurden 260 Millionen Euro gestrichen und die Studierenden müssen jetzt 500,- Euro Studiengebühren pro Semester zahlen. – Das alles ist die Bilanz von vier Jahren CDU/FDP-Bildungspolitik in Niedersachsen. Mit sozialer Gerechtigkeit hat dies nichts zu tun und mit Zukunftsgestaltung erst recht nicht.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen das ändern und setzen uns für Chancengleichheit und Ganzheitlichkeit ein. Wir wollen die „Zukunft der Bildung“ in Niedersachsen gerechter gestalten.

ZEHN GUTE GRÜNDE, UM BEI DER NÄCHSTEN LANDTAGSWAHL SPD ZU WÄHLEN:

Die SPD wird dafür sorgen, dass Eltern für Erziehungsaufgaben qualifiziert und unterstützt werden. Zudem werden wir das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren schrittweise ausbauen und mittelfristig kostenfrei zu gestalten. Ziel ist eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Entwicklung der Bildungschancen von Kindern.

Die SPD hat sich als Ziel gesetzt, für alle Kinder Plätze in Kindertagesstätten kostenfrei anzubieten. Wir wollen nicht nur ein Kindergartenjahr beitragsfrei stellen, sondern zur völligen Kostenfreiheit des Kindergartenbesuchs kommen. Dazu gehört auch die Ausweitung des alters- und kindgerechten Bildungsangebots in den Kindertagesstätten.

Die SPD will Kindertagesstätten zu Familienzentren ausbauen. Damit



kann eine wohnortnahe Bündelung von Einrichtungen, Diensten, Beratung und Unterstützung rund um die Kindererziehung unter einem Dach erreicht werden. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern soll an den Aufgaben einer individuellen Förderung ausgerichtet werden.

Die SPD will den Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule flexibilisieren, um den individuellen Anforderungen gerecht zu werden. Dies betrifft die Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen ebenso wie einen auf individuelle Förderung zielenden Unterricht an der Grundschule.

Die SPD will die Sekundarstufe I zur Gemeinsamen Schule weiterentwickeln. Mit der Gemeinsamen Schule werden wir dort, wo die Eltern sie wollen, die bisherige Aufteilung nach der 4. Klasse aufheben. Skandinavien ist unser Vorbild. Durch die gemeinsame Beschulung mit Bildungs- und Förderangeboten werden individuelle Potenziale besser ausgeschöpft, Verständnis und Toleranz gefördert.

Die SPD wird die Sekundarstufe II stärker profilieren. Wir schaffen ein höheres Maß an Wahl- und Profilierungsmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler und fördern forschendes und eigenständiges Lernen. Zwischen allgemeinbildenden Gymnasien und Berufsbildenden Schulen soll eine größere Durchlässigkeit geschaffen werden.

Die SPD will das System der beruflichen Bildung sichern und ausbauen. Dabei sind insbesondere die Stärken des Dualen Systems weiterzuentwickeln und in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur und der Wirtschaft gezielte Angebote für eine gelingende berufliche Qualifikation für alle Jugendlichen zu schaffen. Wir wollen das Recht der Jugendlichen auf Ausbildung verwirklichen.

Die SPD wird die Lehramtsausbildung inhaltlich und konzeptionell modernisieren. Bildungsziele und Kompetenzen der Lehrkräfte müssen aufeinander abgestimmt sein, um das Konzept des individuellen Fördern und Forderns beim gemeinsamen Lernen umzusetzen.

Die SPD wird die Studiengebühren abschaffen und die Hochschulen ausbauen. Wir werden die Studiengebühren für das Erststudium wieder abschaffen, dadurch werden Zugangsbarrieren zum Studium abgebaut. Wir investieren in den Ausbau der Hochschulen, um deutlich mehr attraktive Studienplätze zu schaffen. Die Durchlässigkeit der Hochschulen zur beruflichen Bildung wird hergestellt.

Die SPD setzt sich für eine Stärkung der Erwachsenen-, Weiter- und Seniorenbildung ein. Oberstes Ziel der SPD ist es, ein leistungsfähiges, möglichst dezentrales und nachfragegerechtes Netz an Bildungs- und Weiterbildungsangeboten vorzuhalten, das die besonderen Bedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppen gezielt aufgreift. ■



Wolfgang Wulf

Bildung hat Zukunft – mit der SPD. Wir machen es. Niedersachsengerechter!
Mehr unter:
www.spd-niedersachsen.de
(»Zukunft der Bildung«)

Mut zur E-Mail

Informationen und Einladungen der Parteigliederungen können effektiv und schnell elektronisch verteilt werden. Voraussetzung: Alle interessierten Mitglieder teilen ihre jeweils aktuelle E-Mail-Adresse ihrem zuständigen Bezirk mit:
bezirk.braunschweig@spd.de
spd-bezirk-hannover@spd.de
bezirk@spd-nord-niedersachsen.de
bezirk.weser-ems@spd.de

SPD-Newsletter

Der SPD-Landesverband informiert in seinem wöchentlich erscheinenden Newsletter alle Interessierten über aktuelle Themen, Termine und Linktipps rund um die niedersächsische SPD. Wer in den Verteiler aufgenommen werden will, schickt einfach eine E-Mail an:
pressends@spd.de
und fügt in die Betreffzeile »Newsletter« ein.

ANTRAGSSCHLUSS
für den a.o. Landespartei-
tag/LandesvertreterInnen-
konferenz am 30.Juni 2007
in Hannover ist der
18. Juni 2007.

JOHANNE MODDER EINSTIMMIG WIEDERGEWÄHLT

SGK Weser-Ems feierte 10. Geburtstag

Von Remmer Hein



Der neugewählten SGK-Bezirksvorstand zusammen mit dem SPD-Landesvorsitzenden Garrelt Duin.

Photo: Hein

Gründung des Arbeitskreises der Lesben und Schwulen in der SPD (SCHWUSOS) in Niedersachsen

Am 14. April 2007 findet die Gründungsversammlung des Arbeitskreises SCHWUSOS Niedersachsen statt. Interessierte sind herzlich eingeladen, sich an der politischen Debatte zum Thema Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender zu beteiligen und hierbei die Politik der Sozialdemokratie mitzugestalten und zu unterstützen.

Am 14. April, 15.00 Uhr
im Haus der SPD
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Anmeldung erbeten
unter
schwusosnds@web.de
Mehr Infos unter
www.schwusos-niedersachsen.de.

Auf einer Bezirkskonferenz Weser-Ems der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) wurde die aus Bunde, Landkreis Leer, stammende Landtagsabgeordnete *Johanne Modder* einstimmig erneut zur Vorsitzenden gewählt. Ihre Stellvertreter bleiben Sabine Haltern aus Schortens und Helmut Hinrichs aus Hatten. Schriftführer wurden *Renate Geuter* (MdL) aus Friesoythe und *Matthias Groote* (MdEP) aus Ostrhauderfehn. Zu Beisitzerinnen und Beisitzern wählte die Versammlung *Kristine Ambrosy-Schütze* aus Jever, *Felix Becker* aus Wunstorf, *Frank Eger* aus Wildeshausen, *Hannelore Hunter-Roßmann* aus Wildeshausen, *Rainer Lange* aus Ganderkesee, *Benno Trütken* aus Fürstenau und *Guido Zech* aus Delmenhorst.

Das Eingangsreferat unter dem Motto »10 Jahre SGK-Bezirk Weser-Ems« hielt der SPD-Bezirks- und landesvorsitzende *Garrelt Duin*. Er betonte die stets gute Zusammenarbeit des SGK-Bezirksvorstandes mit dem Bezirksvorstand der Partei. Wichtige Impulse seien in der Vergangenheit von der SGK ausgegangen. Aber auch für die Zukunft gebe es zahlreiche Herausforderungen. Duin nannte etwa die Förderung von Nachwuchs für die Übernahme kommunalpolitischer Aufgaben. Auch bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für hauptamtliche Bürgermeister müsse man das Vorgehen verbessern. »Wenn wir ehrlich sind, ist noch sehr viel Zufall im Spiel,« erklärte Duin. Als inhaltliche Schwerpunktthemen für die SGK-Arbeit der nächsten Zeit sah Duin u. a. die Herausforderungen des demografischen Wandels und die Integration in Kindergarten und Schule.

In einem Rückblick schilderte *Johanne Modder* die Arbeit der SGK im Bezirk Weser-Ems in den zurückliegenden Jahren. Innerhalb des Vorstandes habe man sich gut verstanden und sich vor allem den Herausforderungen gestellt, die sich durch die vorgezogene Bundestags- und die anschließende Kommunalwahl ergeben hätten. Man habe sich erfolgreich um die Vermittlung von Fachreferenten und ein Angebot an Fortbil-

dungsveranstaltungen bemüht. Inhaltliche Themen der Vorstandsarbeit seien etwa der kommunale Finanzausgleich, die Einführung kommunaler Arbeits-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsvermittlung (Optionskommune/ArGe) oder auch die Bildungspolitik gewesen. »Wir haben alle Themenfelder aufgegriffen, die im kommunalpolitischen Alltag eine Rolle spielen,« erklärte *Modder*. »Eine wichtige zukünftige Herausforderung besteht darin, die Bürger stärker in die Kommunalpolitik einzubeziehen und zu beteiligen.« So könne man der Wahlmüdigkeit entgegenwirken, war *Modder* überzeugt. Sie betonte: »Kommunalpolitik ist und bleibt die Keimzelle der Demokratie.«

Aus der Arbeit des SGK-Landesvorstandes berichtete *Dr. Manfred Pühl* (Hannover/Leer). Er bezeichnete den SGK-Bezirk Weser-Ems als einmalig in Niedersachsen und sprach seine Anerkennung dafür aus, »dass es hier so gut klappt«. Er rief die Mitglieder der SGK auf, sich an Vorschlägen für die Formulierung des Wahlprogramms zur Landtagswahl zu beteiligen. Wichtig sei auch, verstärkt neue Mitglieder zu werben, um die Beratungsmöglichkeiten der SGK erhalten und möglichst noch ausbauen zu können. Derzeit gebe es gut 2000 Mitglieder in der SGK-Niedersachsen. ■

FRAUEN UND IHRE INTERESSEN MIT EINBEZIEHEN

Von Ulla Groskurt ASF-Landesvorsitzende

Der Satz von Inge Wettig-Danielmeier auf der ASF-Landeskonferenz in Hameln: »Für eine moderne Gesellschaft brauchen wir Entwicklungen, die Frauen und ihre Interessen mit einbeziehen« ist der »Rote Faden« der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Niedersachsen. Mit der SPD und der Arbeit in den ASF-Bezirken ist die SPD in Niedersachsen in den Kommunalparlamenten »die Frauenseite«. Fast 45 Prozent aller Frauenmandate fallen in Niedersachsen auf Frauen der SPD. Ein Erfolg! Allerdings sind nur 20% der Kommunalmandate mit Frauen besetzt. Wir sehen das als eine Herausforderung unserer Arbeit im besonderen Maße Kandidatinnen zu unterstützen. Wir erleben in Niedersachsen durch die schwarz-gelbe Landesregierung an allen Ecken einen Zurückbau von Frauenfördermaßnahmen.

So sind jetzt die in »Gleichstellungsbeauftragte« umbenannten Frauenbeauftragten durch die novellierte Gemeinde- und Landkreisordnung in zwei Drittel der Kommunen nicht mehr verpflichtend, wo dies vorher der Fall war. Die Folge sind unverbindliche Maßstäbe zur Förderung und Gleichberechtigung von Frauen. Im Gesetzentwurf der Landesregierung findet Frauenförderung nicht mehr statt. Übrig bleibt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wohl bemerkt bezieht sich die Vereinbarkeit auf die Fähigkeit der Frauen alles unter einen Hut zu bekommen. Die berufliche Situation von Frauen zeigt, dass mehr als die Hälfte aller weiblichen Auszubildenden zehn Berufe in klassischen Dienstleistungsbereichen anstrebt. Überholte Rollenvorstellungen bei den Ausbildungsbetrieben, aber auch bei den jungen Frauen

ändern sich nur langsam. Allerdings nehme ich auch neue, moderne Vorschläge wahr, dabei gilt es gemachte Angebote beim Wort zu nehmen und darauf konkrete Forderungen aufzubauen. Die Arbeit der ASF ist heute so unerlässlich wie in ihren Anfängen. Frauenförderung ist leider immer noch bitter notwendig. Zur weiteren Unterstützung der ASF-Arbeit und damit es künftig ausschließlich vorwärts geht, bitte ich auch die technischen Möglichkeiten der Vernetzung zu nutzen. Wir wollen euch auf direktem Weg über unsere Arbeit informieren (Newsletter, Pressemitteilungen, Einladungen). Bitte schickt uns eure Email-Adressen, das ist nicht nur ein kostengünstiger sondern auch der schnellste Weg sich gegenseitig zu informieren. Wir freuen uns über jede Frau, die sich aktiv in der ASF engagiert. Mach mit! ■



Ulla Groskurt

WEITERBILDUNG FÜR ZUKÜNFTIGE POLITIK

SPD-Bezirk Braunschweig startet seine dritte Kommunalakademie



Die SPD im Bezirk Braunschweig kümmert sich intensiv darum, ihren Mitgliedern in den Gemeinde- und Stadträten sowie Kreistagen Bildungsangebote für ihre kommunalpolitische Tätigkeit zu unterbreiten. Kernstück der Seminarangebote ist neben zahlreichen Einzelseminaren die seit 2003 durchgeführte sogenannte Kommunalakademie. Hier wird den Teilnehmer/innen ein zusammenhängendes Angebot von 3 Wochenendschulungen und 8 Tagesseminaren unterbreitet. Zu den Inhalten der Seminare gehören die Behandlung der Niedersächsischen Gemeindeordnung NGO, die Bearbeitung der Handlungsfelder der Kommunalpolitik, die Arbeit in Fraktionen, Ausschüssen und im Rat und die wichtigsten Schlüsselqualifikationen für politische Handeln wie zum Beispiel: Rhetorik, Öffentlichkeitsarbeit, Verhandlungsführung, Konfliktlösung und Teambildung. Bei den Seminaren werden die Themen in Gruppenarbeit, Rollen- und Planspielen und durch Referate bearbeitet. Ende Januar begann für 24 Teilnehmer der dritte Durchgang der Kommu-

nalakademie der SPD. Zum Auftakt traf man sich für drei Tage im Freizeit- und Bildungszentrum Asse bei Groß Denkte. Die Teilnehmer wurden in die Breite der gesamten Thematik eingeführt und lernten in einem umfangreich angelegten Planspiel die Vielfältigkeit der kommunalen Handlungs-, Problem und Konfliktfelder kennen. Um einen Blick über den Tellerrand der örtlich Kommunalpolitik hinaus zu werfen, berichtete Detlef Tanke aus der Versammlung Zweckverband Großraum Braunschweig über die Aufgabenbereiche dieser Kommunalvertretung. Ein wichtiger Höhepunkt des Auftaktseminars in der Asse war der Besuch des SPD Bezirksvorsitzenden und Bundesumweltministers Sigmar Gabriel. Gut 90 Minuten diskutierten die Seminarteilnehmer mit dem Minister über die Zusammenhänge der Bundespolitik mit der Kommunalpolitik. Dabei wurden neben aktuellen Themen der Bundespolitik folgende Punkte angesprochen und diskutiert: Entwicklung der Realsteuern, der Einfluss der EU auf die Kommunalpolitik, die Familien- und Bildungspolitik sowie die Integration von ausländischen Mitbürgern und Aussiedlern.

Der ehemalige Landtagsabgeordnete der SPD, Karl-Heinz Mühe aus Schöppenstedt, organisiert für die SPD die Bildungsangebote. Er berichtet, dass im vergangenen Jahr 422 Personen an 23 Seminaren und Tagungen teilgenommen haben. »Das Interesse an Weiterbildung

ist groß. Auch in diesem Jahr werden wir wieder über 20 verschiedene Angebote machen,« erklärte Mühe.

Auskünfte über die Bildungsarbeit der SPD erhält man unter der Telefonnummer 0531.4809827 und per Mail bei: Karl-Heinz.Muehe@spd.de ■ VW.

WAHLKREISKONFERENZEN LANDTAGSWAHL '08 BEZIRK WESER-EMS (AKTUELLER STAND)

WK	UNTERBEZIRK, TERMIN, ORT
WK 64	Oldenburg-Land Samstag, 17.03.2007, 10.00 Uhr, Bookholzberg, »Schwarzes Roß«
WK 65	Delmenhorst Freitag, 02.03.2007, 19.00 Uhr, DEL, Bremer Str. 186, »Hotel Thomsen«
WK 66	Cloppenburg-Nord Samstag, 21.04.2007, 14.30 Uhr, Sage, »Haaster Krug«
WK 67	Cloppenburg Samstag, 14.04.2007, 14.30 Uhr Löningen
WK 68	Vechta Mittwoch, 21.03.2007, 19.30 Uhr, Vechta, Diepholzer Straße »Gaststätte Sgundek«
WK 69	Wilhelmshaven Donnerstag, 08.03.2007, 19.00 Uhr, WHV, Rheinstr., »Hotel Kaiser«
WK 70	Friesland Mittwoch, 21.03.2007, 19.00 Uhr, Wesermarsch
WK 71	Nordenham, »Stadhalle Friedeburg«
WK 72	Ammerland Donnerstag, 22.03.2007, 19.00 Uhr, Helle, »Zum Gesundbrunnen«
WK 73	Bersenbrück Donnerstag, 03.05.2007, 18.30 Uhr, Ankum, Hauptstr. 35, »Landhotel Schmidt«
WK 74	Melle Donnerstag, 26.04.2007, 18.30 Uhr, Bad Essen OT Brockhausen, Brockhauser Weg 54, »Gasthaus Tönsmeier«
WK 75	Bramsche Donnerstag, 10.05.2007, 18.30 Uhr, Bramsche OT Hesepe, Alfhausener Str. 2, »Gaststätte Bischof-Reddehase«
WK 76	Georgsmarienhütte Donnerstag, 24.05.2007, 18.30 Uhr, Bad Iburg, Philipp-Siegmond-Allee 2a, »Kurhaus Bad Iburg«
WK 77	Osnabrück-Ost Donnerstag, 15.03.2007, 18.30 Uhr, Osnabrück »Heinz-Fitschen-Haus«
WK 78	Osnabrück-West Donnerstag, 22.03.2007, 18.30 Uhr, OS, Rosenstr. 1, »Fabi Osnabrück«
WK 79	Grafschaft Bentheim Donnerstag, 19.04.2007, 19.00 Uhr, Nordhorn, Hagenstr. 104, »Gaststätte Deters«
WK 80	Lingen Dienstag, 17.04.2007, 19.00 Uhr Emsbüren
WK 81	Meppen Montag, 16.04.2007, 19.00 Uhr, Meppen »Kolpinghaus«
WK 82	Papenburg Mittwoch, 18.04.2007, 19.00 Uhr, Papenburg »Hotel Hilling«
WK 83	Leer Freitag, 23.03.2007, 18.30 Uhr, Leer, Groninger Str., »Ostfriesenhof«
WK 84	Leer / Borkum Freitag, 23.03.2007, 18.30 Uhr, Leer, Groninger Str., »Ostfriesenhof«
WK 85	Emden / Norden Freitag, 23.03.2007, 19.00 Uhr Hinthe, Hotel Novum, Am Tennistreff 1
WK 86	Aurich Samstag, 05.05.2007, 10.00 Uhr, Ihlow, Kompanieweg »Bürgerhaus« Wittmund / Inseln
WK 87	Samstag, 17.03.2007, 10.30 Uhr, Bensersiel, Am Hafen, »Strandhotel«

EINBERUFUNG DER BEZIRKS VERTRETERVERSAMMLUNG ZUR LANDTAGSWAHL AM 5. MAI 2007 IN VERDEN

Liebe GenossInnen,
zur Einberufung der Bezirksvertreterversammlung am 5. Mai 2007 in Verden wird um Beschlussfassung über der anliegenden Tagesordnung gebeten. Heino Baumgarten – Bezirksgeschäftsführer

Vorläufige Tagesordnung

- | | |
|---|--|
| – Eröffnung und Begrüßung | – Aussprache zum Referat |
| – Grußworte | – Wahl der 19 Vertreterinnen und Vertreter sowie Ersatzvertreterinnen u. -vertreter für die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste Landtagswahl 2008 |
| – Beschlussfassung | – Vorstellung der in den Wahlkreisen gewählten Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl 2003 |
| 3.1. Tagesordnung | – Bestätigung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl Reihenfolge auf der Landesliste |
| 3.2. Geschäftsordnung | – Beratung und Beschlussfassung |
| – Konstituierung des Parteitag | – Antragsberatung |
| 4.1. Wahl des Präsidiums | – Schlusswort |
| 4.2. Wahl der Mandatsprüfungskommission | |
| 4.3. Wahl der Wahlkommission | |
| 4.4. Bestätigung der Antragskommission | |
| – »NiedersachsenGerechter« | |
| Referat: Wolfgang Jüttner, SPD-Spitzenkandidat, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion | |

WAHLKREISKONFERENZEN UND UB-VERTRETERVERSAMMLUNGEN IM BEZIRK NN (Stand: 31.01.2007)

Termin	Uhrzeit	WK	Wahlkreis	Ort
13.03.	19.00	WK 58	Cuxhaven	Nordholz
15.03.	19.30	WK 60	Osterholz	Lilienthal, »Schomackers Gasthof«
17.03.	14.00	WK 53	Rotenburg	Zeven
17.03.	14.00	WK 54	Bremervörde	Zeven
17.03.	14.00	UB-Vertretervers. UB ROW		Zeven
20.03.	19.00	WK 59	Unterweser *)	Bramstedt, »Bauernschänke«
22.03.	19.00	WK 57	Hadeln/Wesermünde	Bederkesa
23.03.	18.30	WK 61	Verden	noch offen
24.03.	10.00	WK 43	Walsrode	Bad Fallingbostal, »Kurhaus«
24.03.	10.00	WK 44	Soltau	Bad Fallingbostal, »Kurhaus«
24.03.	10.00	WK 55	Buxtehude	Stade, Hotel »Vier Linden«
24.03.	10.00	WK 56	Stade	Stade, Hotel »Vier Linden«
24.03.	10.00	UB-Vertreterversammlung Stade		Stade, Hotel »Vier Linden«
13.04.	19.00	UB-Vertreterversammlung Cuxhaven		Cadenberge

*) UB-CUX als größerer UB organisiert

VORWÄRTS RÄTSEL

Nach dem Abitur in Berlin will er 1940 Musik studieren. Wegen jüdischer Vorfahren wird er abgelehnt und absolviert stattdessen eine Lehre zum Industriekaufmann.

Dass er es im Nachkriegs-Deutschland dennoch einer der wichtigsten Dirigenten geworden ist, lag an den Zeitläuften. Er wird Journalist und arbeitet für den Tagespiegel sowie als Chefkommentator für den Rias.

Von dort beruft ihn Willy Brandt 1960 an die Spitze des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin. Er wird zum Vordenker der Entspannungspolitik. 1963 hält er in der Evangelischen Akademie Tutzing eine bahnbrechende Rede mit dem Titel »Wandel durch Annäherung«.

Nachdem er 1971 mit dem DDR-Unterhändler Michael Kohl das Transitabkommen unterzeichnet hat, unterzeichnen Kohl und er am 21. Dezember den Grundlagenvertrag.

Von 1976 bis 1981 arbeitet er als Bundesgeschäftsführer der SPD, der er 1956 beigetreten war. Er grenzt sich von der Parteilinken und von Helmut Schmidts Doppelbeschlussplänen ab. Sein Verhältnis zur eigenen Partei ist drastisch deutlich: »Ich habe öfter gedacht: Mensch, was für eine Scheißpartei, aber nie so, dass ich ausgetreten wäre.«

Am 18. März wird der gebürtige Thüringer 85 Jahre alt. Wer ist der gesuchte Vordenker? Zu gewinnen gibt es seine Memoiren. ■ lopo

vorwärts
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

KULTUR IST LEBENSMITTEL

Wolfgang Thierse skizzierte in Hannover Leitideen für eine neue Kulturpolitik



Auf Einladung des KULTURFORUMs der Sozialdemokratie in der Region Hannover war Wolfgang Thierse am 8. Februar 2007 der prominente Gastredner im Auditorium des Sprengel Museums. Er skizzierte in seiner Rede drei Leitideen für eine neue Kulturpolitik: Teilhabegerechtigkeit, Anerkennung der Vielfalt und öffentliche Verantwortung für Kunst und Kultur. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf entsprechende Passagen des Bremer Entwurfs eines neuen Grundsatzensatzprogramms. Eine neue Kulturpolitik sollte kulturelle Bildung ins Zentrum

rücken und dabei gesellschaftliche Akteure als neue Partner für die Kultur gewinnen. Er schloss mit dem Appell, die Kultur als öffentliches Gut zu definieren, denn: »Eine humane Gesellschaft ist nur möglich, wenn öffentliche Güter ausreichend und in großer Vielfalt bereitgestellt werden«. In der anschließenden Podiumsdiskussion mit Hauke Jagau, Wolfgang Jüttner und Ulrike Bittner-Wolff unter Einbeziehung des Publikums wurden Erfahrungen und zukünftigen Vorhaben auf der Landes-, Regions- und Kommunalebene diskutiert. ■ vw

ROT, LECKER UND GUT

Ob auch die politische Liebe durch den Magen geht, ist nicht bekannt. Der Praxistest fehlt bislang. Das sollte sich ändern, denn in knapp einem Jahr hat Niedersachsen die Wahl, ob weiterhin schwarz-gelber Einheitsbrei den Speisenplan bestimmt oder kräftige Farben und Aromen wohlkomponiert für Vielfalt sorgen.

Rot ist nicht nur besser, es schmeckt auch besser. Wirklich wohlschmeckende schwarze Gerichte sind ausgesprochen selten. Schwarzer Kaffee und Schwarzwurzeln sind gewiss auch für Rote ein Genuss, und auch mit einem Schwarzbier lässt sich trefflich auf rote Erfolge anstoßen, aber spätestens bei Gänse-Schwarzsauer scheiden sich die Geister. Und beim Schwarzbrot war schon Stendhal, der sich ausgiebig mit rot und schwarz auseinandergesetzt hat der Ansicht, jenes Backwerk sei Ausdruck für die Schwermütigkeit des Nordens. Schwermut und Speisen passen ebensowenig zusammen wie Schwermut und Politik. Wir setzen dagegen mit Stendhal auf Leichtigkeit, Phantasie und Genuss. Wir haben viel zu bieten, vor allem rot in vielen Nuancen. Allein der Gedanke, was sich alles mit Tomaten, Erdbeeren und Rotwein anrichten lässt, macht Appetit auf rote Küche. Rotbarsch,

Rotkohl, rote Beete, rote Linsen, roter Pfeffer, rote Johannisbeeren: Hauptsache rot und gut. So sollen die Rezepte sein, die der NIEDERSACHSEN-vorwärts im Wahlkampf präsentieren will, eines in jeder Ausgabe mit dem Ziel, für die heiße Phase das ultimative rote Kochbuch für den Wechsel vorlegen zu können. ■ *lopo*

Zum Auftakt gibt es als Vorspeise:

**Peter Strucks »Crostini pomodoro e rucola«
Crostini mit frischen Tomaten und Rauke**

Für vier Personen:

500g reife Fleischtomaten

3 Knoblauchzehen

eine Handvoll Raukeblätter

frische Majoranblätter

Salz, Pfeffer

Weißbrotscheiben

ordentliches Olivenöl

Die gehäuteten, entkernten und feingehackten Tomaten in einem Sieb eine halbe Stunde lang gründlich abtropfen lassen. Das frische Tomatenpüree mit feingehacktem Knoblauch, Rauke und Majoran mischen. salzen und pfeffern. Auf Weißbrotscheiben verteilen, die zuvor in Olivenöl angeröstet wurden. Sofort verspeisen, damit das Tomatenfleisch keinen Saft zieht und die Crostini aufweicht. Ersatzweise kann man statt Rauke auch Petersilie nehmen.

HOFFNUNG, EUPHORIE UND ENTSETZEN

Eine Bilanz der Generation Schröder

Von Lothar Pollähne

Das aktuelle Buch »Aufstieg und Krise der Generation Schröder« eröffnet Einblicke in die politische Strategie von vier Jahrzehnten SPD-Politik. Dargestellt wird die Entwicklung der Partei von den Anfängen der APO über die Anfänge der Jusos 1968, den Aufstieg Schröders zum Bundeskanzler bis zur Wahlniederlage der SPD im Jahr 2005.

Heinz Thörmer (enger Mitarbeiter Schröders, gestorben 2006) und Edgar Einemanns geben Einblicke aus vier Jahrzehnten SPD-Politik und beleuchten die strategischen Entwicklungslinien der Partei, die auf dem Höhepunkt ihrer Macht neun Ministerpräsidenten stellte.

Besonders beeindruckend sind auch die Aufzeichnungen des seinerzeitigen Landtagspräsidenten Rolf Wernstedt zur Niedersachsenwahl 2003. ■

**Heinz Thörmer/Edgar Einemann,
»Aufstieg und Krise der Generation Schröder«, Schüren-Verlag, Marburg, 2007, 183 S., g 14,90.**

Hochkarätige Diskussionsrunde mit Moderator Stephan Lohr, Wolfgang Jüttner, Ulrike Bittner-Wolf, Wolfgang Thierse und Hauke Jagau.

Photo: Schostok



Gerhard Schröder



Dunja Rose

DIE NEUE FÜR DEN WAHLKAMPF

Zuwachs im SPD-Landesverband: Dunja Rose verstärkt den Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Während ihres Studiums der Politikwissenschaft und Sozialpsychologie in Bonn und Hannover war Dunja Rose bereits in der Hochschulpolitik aktiv, arbeitete im Bereich Kulturmanagement und schrieb regelmäßig für verschiedene Zeitungen. Im Anschluss arbeitete sie als PR-Beraterin rund sechs Jahre in Agenturen mit den Schwerpunkten strategische Kommunikation, Marketing und Pressearbeit.

In der heißen Phase des Landtagswahlkampfes 2002/2003 wechselte Dunja Rose in die Politik: Als Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit war sie beim nds. Landesverband der Grünen sowohl für Planung, Organisation und Durchführung von Wahlkämpfen, als auch für Veranstaltungen, interne Kommunikation und Pressearbeit zuständig. Vor rund vier Wochen wechselte Dunja Rose dann zu den Roten und verstärkt nun das Team in der künftigen Wahlkampfzentrale. Als leidenschaftliche Improvisationstheater-Spielerin ist Dunja Rose schnelles Reagieren auf neue Situationen gewöhnt. Der Landtagswahlkampf bietet dafür die perfekte Bühne. ■ vw



Peter Struck